

Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration
(96. - öffentliche - Sitzung am 11. August 2016)

Beratungsthemen:

1. Vorstellung des Landespatientenschutzbeauftragten

Der Landespatientenschutzbeauftragte stellte sich im Ausschuss vor. Daran schloss sich eine kurze Aussprache an.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung von Vorschriften über Berufsbezeichnungen, Berufsausübung und Weiterbildung in Gesundheitsfachberufen

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5854](#)

Der Ausschuss nahm eine Einführung in den Gesetzentwurf durch die Landesregierung entgegen. Er kam überein, von einer Anhörung zu dem Gesetzentwurf abzusehen, und mit der Beratung des Gesetzentwurfs in der nächsten Ausschusssitzung auf der Grundlage der Vorlage des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu beginnen.

3. Entwurf eines Gesetzes über eine Anstalt für das klinische Krebsregister in Niedersachsen (GANstKKN)

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4661](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse empfahl er dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 11 anzunehmen. Als Berichterstatterin wurde die Abg. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD) benannt.*

4. Entwurf eines Gesetzes über die Pflegekammer Niedersachsen

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5110](#)

dazu: Eingaben 2566, 2638, 2754, 2754-001 und 2815

Der Ausschuss kam überein, die Beratung des Gesetzentwurfs nach Erstellung der Vorlage des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes aufzunehmen.

5. a) Maßregelvollzug entschlacken und stärken

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5821](#)

b) Allgemeinheit vor kranken Straftätern besser schützen - Maßregelvollzug weiterentwickeln und sicherer machen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5828](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung für die nächste Ausschusssitzung um eine Stellungnahme zu den beiden Anträgen.

6. Paritätische Finanzierung von Krankenversicherungsbeiträgen endlich wieder umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5834](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er beschloss einstimmig, den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr um eine Stellungnahme zu dem Antrag zu bitten.

7. **Stärkung der Patientensicherheit und des Patientenschutzes - Niedersächsisches Krankenhausgesetz (NKHG) muss weiter verändert werden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5835](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion - empfahl er dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Für eine der nächsten Sitzungen bat der Ausschuss die Landesregierung um eine Unterrichtung über den aktuellen Stand der Umsetzung der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses hinsichtlich Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung in den Krankenhäusern sowie über den aktuellen Sachstand bezüglich der angekündigten Änderung des niedersächsischen Bestattungsgesetzes.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der Förderung und angestrebten Übernahme der Psychosozialen Krebsberatungsstellen in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

9. **Terminplanung, Vorbereitung einer parlamentarischen Informationsreise**

Der Ausschuss legte Termine für Informationsgespräche sowie die Termine und das Verfahren für die anstehenden Haushaltsberatungen fest.

Ferner beauftragte der Ausschuss die Landtagsverwaltung, die Vorbereitungen für die Durchführung einer parlamentarischen Informationsreise in die Niederlande im zweiten Quartal 2017 aufzunehmen.